

**56. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder
sowie
Gespräch mit dem Bundeskanzler, der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
und der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland
am 25.-26.03.2026 in Berlin**

Beschluss

Bund und ostdeutsche Länder

TOP 1.2 Wirtschaft und Innovation

1 Investitionen und Innovationen sind zentrale Voraussetzungen, damit die ostdeut-
2 schen Länder in Bezug auf Wohlstand, wirtschaftliche Stärke, zukunftssichere Arbeits-
3 plätze und gesellschaftliche Teilhabe gegenüber den westdeutschen Ländern weiter
4 aufschließen können. Im Lichte des Iran-Kriegs, des anhaltenden Ukraine-Kriegs und
5 zunehmender geopolitischer Instabilitäten nimmt der Druck auf die Wirtschaft und die
6 Bevölkerung zu. Angesichts aktuell weltwirtschaftlich schwieriger Bedingungen sind
7 wirksame Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftli-
8 chen Resilienz und technologischen Unabhängigkeit erforderlich. Trotz Erfolgen bei
9 Wirtschaftsansiedlungen und einer positiven dynamischen Entwicklung bei Gründun-
10 gen und Startups, insbesondere in Berlin, stellen strukturelle Hürden – wie die im in-
11 ternationalen Vergleich hohen Energiepreise, die Steuerlast sowie die langwierigen
12 Planungs- und Genehmigungsverfahren – weiterhin eine sehr erhebliche Investitions-
13 bremsen dar. Die hier angestoßenen Reformen müssen schnell umgesetzt werden, um
14 die Ankündigungen in eine für die Unternehmen spürbare Entlastung und echte Inves-
15 titionssicherheit zu überführen.

16

17 Ostdeutschland verfügt über eine vielseitige, leistungsfähige und international aner-
18 kannte Forschungslandschaft, die großes Potenzial für wirtschaftliche Wertschöpfung
19 und technologische Führungspositionen bietet. Bei der Aktivierung dieser Potenziale
20 gilt es, die strukturellen Besonderheiten der ostdeutschen Länder, wie etwa eine stär-
21 ker durch kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) geprägte Wirtschaftsstruktur zu
22 berücksichtigen.

23

24 Um die Stagnationsphase der deutschen Wirtschaft zu überwinden und eine neue wirt-
25 schaftliche Dynamik zu ermöglichen, haben die Bundesregierung und die Regierungs-
26 chefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder innerhalb des letzten Jahres
27 wichtige Weichen gestellt. Die Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen für In-
28 vestitionen in Deutschland und den Zugang zu Kapital u. a. mit dem steuerlichen In-
29 vestitionssofortprogramm, dem Standortfördergesetz, Entlastungen bei den Energie-
30 preisen signifikant verbessert und verschiedene Maßnahmen zur Beschleunigung der
31 Vergabe-, Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den Weg gebracht. Mit dem
32 Deutschlandfonds wurde zudem ein Rahmen geschaffen, der es privaten Investoren
33 erleichtert, in Deutschland zu investieren. Mit der Hightech Agenda der Bundesregie-
34 rung werden Innovations- und Wirtschaftskraft im Bereich wichtiger Schlüsseltechno-
35 logien gestärkt.

36

37 Vor diesem Hintergrund fassen der Bundeskanzler und die Regierungschefin und die
38 Regierungschefs der ostdeutschen Länder folgenden Beschluss zur weiteren Stär-
39 kung der Wachstumspotenziale in Ostdeutschland:

40

41 1. Innovative Startups und Unternehmen entwickeln sich dort, wo es gelingt, Know-
42 how zu bündeln und wissenschaftliche Erkenntnisse in marktreife Produkte und
43 Geschäftsmodelle zu überführen. Der Bund und die ostdeutschen Länder nutzen
44 den Austausch zu bestehenden Best-Practices-Beispielen, um die Zusammenar-
45 beit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu intensivieren und die Innovations-
46 kraft in Ostdeutschland zu stärken. Sie sehen u. a. in der Fortsetzung und Moder-
47 nisierung bewährter Förderprogramme wie z. B. exist und INNO-KOM dafür gute
48 Ansatzpunkte.

49

50 2. Der Bundeskanzler und die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeut-
51 schen Länder halten es für notwendig, speziell die Rahmenbedingungen für
52 Scaleups in Ostdeutschland zu verbessern. Dazu gehören der erleichterte Zugang
53 zu Wachstumskapital, passgenaue Beratungs- und Unterstützungsangebote und
54 die Förderung von Netzwerken der Scaleups mit Startups, KMU und größeren etab-
55 lierten Unternehmen.

56

57 3. Durch die zum 1. Januar 2026 in Kraft getretene Neuaufstellung der Gemein-
58 schaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) setzen

59 Bund und Länder zusätzliche Investitionsanreize, u. a. durch einen stärkeren Fo-
60 kus der Förderung auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Ermöglichung von
61 Investitionen in Transformations- und Netto-Null-Technologien und die beschleu-
62 nigte Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen. Der Bund wird in der 21. Le-
63 gislaturperiode eine angemessene Finanzausstattung der GRW sicherstellen und
64 gemeinsam mit den Ländern die Grundlagen für einen rechtzeitigen Beschluss
65 über die Abgrenzung der deutschen Fördergebietskarte ab 2028 fassen. Der Bund
66 wird darüber hinaus die Effizienz des Gesamtdeutschen Fördersystems für struk-
67 turschwache Regionen u. a. durch bessere Abstimmung und Zusammenfassung
68 von Programmen erhöhen, einzelne Förderprogramme des Fördersystems, wie die
69 Städtebauförderung, finanziell aufstocken und damit den Förderrahmen des Bun-
70 des mit Fokus auf strukturschwache Regionen weiterentwickeln.

71

72 4. Die Transformation des Stromsektors darf nicht zu Lasten der Wirtschaft und der
73 Gesellschaft gehen. Daher ist eine Senkung der Energiekosten für Privathaushalte
74 und Unternehmen, vor allem durch Reduzierung der Abgaben und Netzentgelte,
75 erforderlich. Aus Sicht der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeut-
76 schen Länder müssen insbesondere die Stromkosten für energieintensive Indust-
77 rien weiter deutlich und zeitnah gesenkt werden. Sie betonen die Bedeutung einer
78 sofortigen Umsetzung der Kraftwerksstrategie für die Versorgungssicherheit
79 Deutschlands. Bei der Ausgestaltung der Ausschreibungsbedingungen für neue
80 perspektivisch klimaneutrale Gaskraftwerke fordern sie die mit einem 1/3 anzuset-
81 zende angemessene Berücksichtigung des netztechnischen Nordens sowie die
82 Fokussierung auf bestehende Kraftwerksstandorte in Ostdeutschland, um Wirt-
83 schaft und Innovation im Osten zu stärken und das Gesamtenergiesystem
84 Deutschlands resilienter und zukunftssicherer zu gestalten. Zudem braucht es aus
85 Sicht der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder vor
86 dem Hintergrund der gestiegenen Energiepreise infolge des Iran-Kriegs eine zü-
87 gige Entlastung der Verbraucher. In Bezug auf den Ausbau der Erneuerbaren Ener-
88 gien ist zudem eine bessere Steuerung mit einem Schwerpunkt auf die Netzdien-
89 lichkeit notwendig. Dies würde die Redispatchkosten deutlich senken. Es braucht
90 zudem einen deutlichen Zubau netzdienlicher Speicher und eine verstärkte regio-
91 nale Nutzung von grünem Strom. Dies steigert nicht nur die Akzeptanz für den Aus-
92 bau der erneuerbaren Energien, sondern trägt in erheblichen Maßen auch zur Sen-
93 kung der Netzausbaukosten bei.

94

95 5. Um die wirtschaftlichen Folgen des Kohleausstieges abzufedern und die betroffe-
96 nen Regionen zukunftsgerichtet und fossilfrei zu transformieren, wird der Bund ge-
97 meinsam mit den betroffenen ostdeutschen Ländern prüfen, wie die Umsetzung
98 der Projekte im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen beschleunigt und
99 Schlüsselprojekte sichtbarer gemacht werden können.

100

101 6. Es besteht Einvernehmen zwischen Bund und den ostdeutschen Ländern, dass die
102 Bundeshauptstadt Berlin und Ostdeutschland als Region aufgrund ihrer geografi-
103 schen Lage und strategischen Bedeutung eine besondere Rolle für die Sicherheits-
104 architektur Deutschlands, der EU und der NATO einnehmen. Zudem bietet Ost-
105 deutschland mit seinen industriellen Kompetenzen sowie gut ausgebauten For-
106 schungsstrukturen und verfügbaren Flächen sehr gute Ausgangsbedingungen für
107 zusätzliche sicherheits- und verteidigungsindustrielle Aktivitäten. Um die Potenzi-
108 ale systematisch zu identifizieren und zu bewerten, wird BMW eine Studie in Auf-
109 trag geben. Der Bund unterstützt industrielle Ansiedlungsvorhaben in den ostdeut-
110 schen Ländern. Die ostdeutschen Länder werden mit Unterstützung des BMW
111 und des BMVg im Laufe des Jahres 2026 eine „Konferenz Verteidigungswirtschaft
112 Ostdeutschland“ durchführen mit dem Ziel, die ostdeutschen Unternehmen bei der
113 Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit künftig stärker wirtschaftlich einzubinden und
114 den Investitionsstandort Ostdeutschland für verteidigungsindustrielle Unternehmen
115 sichtbarer zu machen.

116

117 7. In der Luft- und Raumfahrtindustrie ist Ostdeutschland stark positioniert. Daher gilt
118 es insbesondere, die zweijährlich stattfindende größte deutsche Luft- und Raum-
119 fahrtmesse ILA an ihrem Standort in Schönefeld zu erhalten und auszubauen. Die
120 Potentiale, die sich aus den Standorten des Deutschen Luft- und Raumfahrtzent-
121 rums (DLR), dem Hauptstadtflughafen BER, dem Luftfrachtdrehkreuz LEJ, einem
122 wachsenden industriellen Kern und weiteren hochqualifizierten Luft- und Raum-
123 fahrtforschungsinstituten in Ostdeutschland ergeben, sind vollständig auszuschöp-
124 fen. Industrielle Kerne im Bereich der Flugzeug- und Triebwerksfertigung sowie -
125 wartung werden weiter gestärkt, u. a. durch Unterstützung im Hinblick auf Trieb-
126 werke für Single Aisle-Flugzeuge, Fertigung und Vertrieb von Turboprop-Regional-
127 flugzeugen und Ansiedlung von Space-Unternehmen und Unterstützung der Satel-

128 littenindustrie in Ostdeutschland. Die entsprechenden Förderprogramme des Bun-
129 des, wie z.B. das Luftfahrtforschungsprogramm sollen weiterhin Grundsteine für
130 zukünftige Schlüsselprojekte legen.

131
132 Die Bundesregierung arbeitet intensiv daran, die Möglichkeiten internationaler
133 Flugverbindungen zu erweitern. Hierzu finden Verhandlungen auf internationaler
134 Ebene statt. Davon wird auch der Flughafen Berlin-Brandenburg profitieren. Der
135 Aufbau des internationalen Luftfrachtdrehkreuzes Halle/Leipzig ist eine Erfolgsge-
136 schichte, die es zu stärken gilt. Dies kann dazu beitragen, die Attraktivität Ost-
137 deutschlands als Wirtschaftsstandort zu stärken.

138

139 8. Die ostdeutsche Innovationslandschaft lebt von starken Forschungs- und Techno-
140 logieclustern. Die Halbleiterindustrie ist hier ein herausragendes Beispiel. Bund und
141 Länder haben hier gemeinsam durch gezielte Förderung im Rahmen des European
142 Chips Act und IPCEI (Important Project of Common European Interest) nachhaltige
143 Strukturen mit globaler Strahlkraft geschaffen. Die ostdeutschen Länder sind ferner
144 aktiv an mehreren weiteren IPCEI-Projekten u. a. in den Bereichen Cloud-Infra-
145 struktur, Mikroelektronik und Künstliche Intelligenz beteiligt. Die Stärken der ost-
146 deutschen Länder sind auch bei künftigen Investitionen in strategisch wichtigen
147 Entwicklungsfeldern, etwa in der Mikroelektronik, Optik und Photonik bei neuen
148 Materialien und in den Life Sciences, innovationspolitisch zu nutzen. Dazu ist es
149 erforderlich, Innovationsprojekte in Ostdeutschland angemessen zu berücksichti-
150 gen, die Rahmenbedingungen für Innovationen zu verbessern und die länderüber-
151 greifende Vernetzung zu verstärken. Bei den Kofinanzierungsanteilen der Länder
152 beispielsweise bei IPCEI-Vorhaben ist darauf zu achten, dass diese die finanzielle
153 Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Länder nicht übersteigen und somit Ost-
154 deutschland im Verhältnis zu den finanzstärkeren westdeutschen Ländern nicht
155 benachteiligen. Mit der Kofinanzierungshöhe beim European Chips Act ist hier aus
156 Sicht der ostdeutschen Länder ein guter Kompromiss gefunden worden, der aus
157 ihrer Sicht auch zukünftig bei den IPCEI-Projekten zur Anwendung kommen sollte.
158 Mit dem Maritimen Forschungsprogramm und dem Innovationsprogramm für deut-
159 sche Werften werden sektorale Anreize geschaffen, die dazu beitragen Innovati-
160 ons- und Wachstumspotenziale effektiv zu nutzen. Die ostdeutschen Länder unter-
161 stützen die Anstrengungen des Bundes, den Transfer von Innovationen in die wirt-
162 schaftliche Nutzung zu verbessern.

163

164 9. Künstliche Intelligenz ist ein Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz, Innova-
165 tion und Fortschritt. Mit 30 Prozent aller deutschen Startups im KI-Bereich und einer
166 überdurchschnittlichen Unternehmensnutzung ist Berlin einer der zentralen Treiber
167 für KI in der Wirtschaft. Die Regierungsspitzen von Bund und ostdeutschen Län-
168 dern werden gemeinsam Ansatzpunkte prüfen, wie bestehende Aktivitäten zur
169 Stärkung einer systematischen, KI-getriebenen Digitalisierung gezielt für die Be-
170 dürfnisse der Wirtschaft Ostdeutschlands weiterentwickelt werden können, z.B. bei
171 der Entwicklung praxistauglicher industrieller Anwendungen und KI-gestützter An-
172 wendungen entlang industrieller Wertschöpfungs- und Lieferketten.

173

174 10. Um die Digitalisierung im Mittelstand weiter voranzutreiben, soll im Anschluss an
175 das derzeitige Netzwerk der Mittelstand-Digital Zentren (MDZ) ab 2027 ein neues
176 Netzwerk zu Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz, IT- und Cybersicherheit aufge-
177 baut werden und weiterhin kostenfreie Unterstützung anbieten. Flankierend kommt
178 es darauf an, bewährte Instrumente der Mittelstands- und Innovationsförderung ge-
179 rade in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands wirksam weiterzuentwickeln
180 und besser zugänglich zu machen.

181

182 11. Die Zukunftsfähigkeit der Innovationslandschaft in Ostdeutschland hängt nicht zu-
183 letzt davon ab, ob es gelingt, dauerhaft ausreichend passend qualifizierte Fach-
184 und Führungskräfte aus dem In- und Ausland zu gewinnen. Der Bundeskanzler und
185 die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder unter-
186 streichen, dass die durch die Bundesregierung geplante digitale Work-and-Stay
187 Agentur schnell umgesetzt werden soll, um die Einwanderungsverfahren zu ver-
188 einfachen und zu digitalisieren. Das Portal „Make it in Germany“ für einwande-
189 rungsinteressierte Fachkräfte und Arbeitsgeber wird fortgeführt. Der Bundeskanz-
190 ler und die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder
191 setzen sich zudem für eine umfassende Stärkung und Modernisierung der berufli-
192 chen Bildung als zentrales Instrument der Fachkräftesicherung ein.

193

194 12. Dem Generationswechsel im Mittelstand kommt aktuell in Ostdeutschland eine be-
195 sondere Rolle zu. Bund und ostdeutsche Länder werden die komplexen Nachfol-
196 geprozesse unterstützen, u. a. die passgenauen Beratungsangebote der Industrie-
197 und Handelskammern sowie Handwerkskammern sichtbar machen. Neben dem

198 bewährten Modell der regionalen Nachfolgezentralen sollte auch die länderüber-
199 greifende Vernetzung und Nachfolgesuche in den Blick genommen werden.

200

201 13. Für den Hochlauf der Wasserstoff-Wirtschaft ist das Wasserstoff-Kernnetz ein
202 Grundpfeiler und bildet auch in Ostdeutschland die Basis für den Aufbau der Was-
203 serstoffinfrastruktur. Im integrierten Netzentwicklungsplan Gas und Wasserstoff für
204 eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Kernnetzes sind die Bedarfe von
205 Wasserstofferzeugungsregionen Ostdeutschlands und die Industriestandorte an-
206 gemessen zu berücksichtigen. Der Markthochlauf von Wasserstoff setzt voraus,
207 dass eine ausreichende Wasserstoff-Speicherinfrastruktur vorhanden ist. Ost-
208 deutschland hat an vielen Orten geeignete geologische Voraussetzungen für den
209 Neubau und an bereits bestehenden Speicherstandorten Potenzial zur Umstellung.
210 Mit dem Wasserstoff-Beschleunigungsgesetz, das im April in Kraft treten wird und
211 die gesamte Wasserstofflieferkette in den Blick nimmt, werden Zulassungs- und
212 Vergabeverfahren für die Wasserstoffinfrastruktur einfacher, digitaler und vor allem
213 schneller. Die Wasserstoffinfrastruktur liegt nunmehr im überragenden öffentlichen
214 Interesse.

215

216 14. Die von der Bundesregierung erwirkte unbefristete Ausnahmegenehmigung von
217 den US-Sanktionen gegen die Rosneft Deutschland GmbH ist ein wichtiger Beitrag
218 zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und ist insbesondere für die PCK-
219 Raffinerie in Schwedt und die ganze Region von großer Bedeutung. Die Standorte
220 sollen dauerhaft als leistungsfähige und wettbewerbsfähige Industriezentren erhal-
221 ten und durch Erschließung neuer Wertschöpfungspotenziale gestärkt werden.